

Wertvolle Empfehlungen zu einem (un)günstigen Zeitpunkt?

Einschätzungen zum Zweiten Engagementbericht der Bundesregierung durch Das Bündnis für Gemeinnützigkeit

Warum erst jetzt? Das fragen sich Viele, die den Zweiten Engagementbericht der Bundesregierung nicht nur zur Kenntnis genommen haben, sondern sich auch mit seinen Inhalten und Empfehlungen beschäftigt haben. Welche politischen Wirkungen sollen diese ausgesprochen vielfältigen und wertvollen Empfehlungen haben, wenn sie gerade einmal sechs Monate vor der nächsten Bundestagswahl vorgelegt werden? Oder liefert die Bundesregierung unfreiwillig allen sozialpolitisch interessierten Organisationen eine Steilvorlage für die Forderungen im Bundeswahlkampf und das Programm der nächsten Bundesregierung? Die Sachverständigenkommission hatte den Bericht jedenfalls schon Mitte 2016 vorgelegt. Die Bundesregierung hat ihrerseits 11 Monate gebraucht um sich auf eine Kommentierung zu verständigen.

Der Zweite Engagementbericht der Bundesregierung hat über das Ende der jetzigen Legislaturperiode hinaus Wertschätzung und Aufmerksamkeit verdient. Man kann nicht selbstverständlich davon ausgehen, dass ihm diese Resonanz seitens der Politik widerfährt. Und so sollte sich die organisierte Zivilgesellschaft zum Themenanwalt der Inhalte und Empfehlungen dieses Berichtes machen. Berührungen und Anknüpfungen gibt es für das Bündnis genügend:

- Gesellschaftliche Vielfalt und Sozialen Wandel (Stichwort Einwanderungsgesellschaft) durch bürgerschaftliches Engagement mitgestalten
- Zusammenhänge von bürgerschaftlichem Engagement und Teilhabe (auch im Kontext von Armuts-, Inklusions- und Integrationsfragen)
- Bürgerschaftliches Engagement als Faktor und Indikator für Partizipation (auch hinsichtlich von Demokratiestärkung gegen gegenläufige Tendenzen)
- Klärungen im Hinblick auf die Monetarisierung
- Bürgerschaftliches Engagement als maßgeblicher Faktor von (informeller und non-formaler) Bildung muss weiter gestärkt werden
- Kooperationen und Vernetzungen auch hinsichtlich des sozialen Unternehmertums intensivieren
- Dauerhaftigkeit und Verlässlichkeit: gute Rahmenbedingungen bzw. das „Engagement und seine Förderung“ sind mehr als gut gemeinte und womöglich auch vielfältig geförderte Projektmaßnahmen

Der Zweite Engagementbericht geht damit weit über die bloße Betrachtung von Engagement hinaus, analysiert viele politische Handlungsfelder und bündelt dies in Zukunftsfragen der Daseinsvorsorge und einer sich demographisch und sozial wandelnden Gesellschaft.

Der Zweite Engagementbericht ist mit 632 Seiten nur halb so umfangreich wie der erste. Aber er enthält eine Fülle von Erkenntnissen, Daten und politischen Empfehlungen, die eine Lektüre wert sind. Der Nutzen, den vor allem die Politik aus dem Zweiten Engagementbericht ziehen

könnte, wird vermutlich durch das sehr ungünstige Timing gemindert werden: die Sachverständigenkommission wurde noch zum Ende der letzten Legislaturperiode berufen. Dass der Bericht nunmehr vier Jahre später erscheint macht Umsetzungen kurz vor Ablauf der Legislatur praktisch unmöglich. Unklar bleibt, weshalb der Zweite Engagementbericht erst mit einer mehrmonatigen Verzögerung veröffentlicht wurde. Dennoch bleibt die Hoffnung, dass die interessanten Themen und Vorschläge der Sachverständigenkommission nicht bloß verwaltet werden, sondern durch den aktuellen Wahlkampf und anstehenden Regierungswechsel in die Arbeit einer kommenden Regierung einfließen.

Die Ergebnisse des Zweiten Engagementberichts, der das Schwerpunktthema „Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung“ hat, decken sich in wesentlichen Bereichen mit den Befunden des 4. Freiwilligensurveys. Demnach engagieren sich immer mehr Menschen in Deutschland freiwillig – vor allem auf lokaler Ebene. Diese Entwicklung kann nach Auffassung der Sachverständigenkommission entscheidend dazu beitragen, große Herausforderungen wie den demografischen Wandel besser zu bewältigen.

Hinsichtlich des Schwerpunktthemas liefert der Bericht wertvolle Informationen über die Strukturmerkmale von Regionen und formuliert die unterschiedlichen Herausforderungen auch für die Engagementpolitik: So wirkt sich demografischer Wandel im ländlichen Nord-Vorpommern ganz anders aus als in Oberbayern oder in Großstädten. Entsprechend differenziert sind die Handlungsnotwendigkeiten bei Themen wie z. B. Mobilität, Katastrophenschutz, Pflege und Sorge zu betrachten – und damit auch die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement.

Der Bericht erörtert Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam mit einer aktiven Zivilgesellschaft zu bewältigen ist. Der Bundesregierung ist dabei besonders wichtig, das Engagement von Migranten und Migrantinnen stärker zu fördern. Zudem wird die Funktion von Migrantenorganisationen als Brückenbauer anerkannt.

Nach Auffassung des BfG gibt der Zweite Engagementbericht einen guten und breiten Überblick über die vielfältigen Facetten des Engagements. Er ist gut, klar und übersichtlich gegliedert und liest sich wie ein Almanach. Manchmal bleibt er allerdings an der Oberfläche und lässt an etlichen Stellen eine vertiefte Auseinandersetzung bzw. Analyse fehlen. Dass er dabei einen Verzicht auf den Begriffszusatz „bürgerschaftliches“ vornimmt und für die weiteren Debatten den Dachbegriff „Engagement“ empfiehlt, ist ein Vorschlag, der kontrovers gesehen wird, da damit eine diffuse Vermengung befürchtet wird. Gerade hierzu wird es noch spannende Diskussionen geben.

Das Herausarbeiten der Vielfalt von Engagement in einer zivilen Gesellschaft ist besonders hervorzuheben. Dieses Vorgehen ermöglicht nicht nur, die Mehrdimensionalität des Engagements analytisch wahrzunehmen, sondern v. a. auch adäquate Konzepte zur Förderung des jeweiligen Engagements und ihrer Organisationsformen, die den Besonderheiten verschiedener Engagementformen und –felder gerecht werden, zu entwickeln. Verschiedene Themenfelder, Ausprägungen und Leit motive von Engagement können so zielführender analysiert und unterstützt werden, als in der bisher häufig üblichen Gegenüberstellung von „altem“ zu „neuem“ Engagement oder „langfristig verbindlichem“ zu „spontanem, zeitlich befristetem und projektorientiertem“ Engagement.



Die Verortung von Engagement in Spannungsachsen bzw. Spannungsfeldern zwischen

- Freiwilligenarbeit und Mitsprache
- Bewahrung und Innovation
- organisiertem Engagement und informellen Formen gegenseitiger Unterstützung
- „bonding“ und „bridging“
- Geselligkeit und Zweckorientierung
- Selbstorganisation und professionellem Management

öffnet den Blick für die Übergänge, Mischungen und Verbindungen zwischen den Engagementformen. Werden einerseits notwendige Unterscheidungen deutlich, geht es aber andererseits gerade um die Sensibilisierung für diese Vielfalt von Engagementformen und entwicklungs offene Zwischenbereiche.

Der Gewinn, das Augenmerk auf die Vielgestaltigkeit von Engagement zu richten und die damit notwendigen und angemessenen Differenzierungen auch in Engagementpolitiken aufzugreifen, steht wie oben beschrieben allerdings im Spannungsfeld zu einem breiten Engagementbegriff, der gewisse Unschärfen hat und eine gewisse Beliebigkeit suggerieren kann.

Die Sachverständigenkommission kommt wenig überraschend aber zu Recht zu dem Ergebnis, dass das Engagement hierzulande sehr vielfältig geworden ist. Sowohl die Absicht, bürgerschaftliches Engagement in einer Legaldefinition fassen zu wollen als auch die Ausweitung auf Engagement allgemein entsprechen weder dem besonderen Charakter bürgerschaftlichen Engagements noch seiner Bedeutung für die Gesellschaft. Ausdrücklich positiv zu werten ist, dass die Sachverständigenkommission des Zweiten Engagementberichts im Gegensatz zu ihrer Vorgängerkommission das bürgerschaftliche Engagement nicht als „Bürgerpflicht“ sondern als (Bürger-)Tugend begreift. Anerkennenswert ist auch, dass in dem Bericht die Frage nach der „dunklen Seite der Zivilgesellschaft“ aufgeworfen wird. Schwierig erscheint jedoch die Differenzierung zwischen „zivilen“ und „unzivilen“ Formen des Engagements.

Die Sachverständigenkommission greift den in der Sozialarbeit seit einigen Jahren kontrovers diskutierten Befähigungsansatz („capability approach“) auf und nutzt diesen im Zweiten Engagementbericht als Grundlage für ein erweitertes Verständnis von Daseinsvorsorge. Dieser Ansatz ist in doppelter Weise reizvoll: Die Bürgerinnen und Bürger werden in der Daseinsvorsorge nicht auf die allgemein sehr passive Rolle der Leistungsempfänger begrenzt und bleiben handelnde Subjekte. Daseinsvorsorge soll – dem sozialphilosophischen Ansatz von Martha Nussbaum aufgreifend – auch als Bedingungen guten Lebens verstanden werden, die sich durch Möglichkeiten und individuelle Befähigungen auszeichnet. Hier mag die Gefahr einer neoliberalen Interpretation liegen und Daseinsvorsorge auf ein paar Möglichkeiten zu begrenzen und Menschen auf ihre Selbstbefähigung zu verweisen. Dies ist aber nicht der Fall, denn die Sachverständigenkommission skizziert ein weites Verantwortungsfeld der Politik zur Gewährleistung dieser Bedingungen guten Lebens: Stärkung der Kommunen, Modelle der Arbeitsmarktpolitik, Governance und auch föderales Angehen von Bund und Ländern als Akteure lokaler Förderung werden angesprochen. Subsidiarität ist im Sinne der Sachverständigenkommission keine Untätigkeit des Staates, sondern Auftrag die Voraussetzungen für subsidiäre Bedingungen vor Ort zu schaffen! Diese Ansätze würden insbesondere die Menschen stärken, deren Lebenslage einem Engagement entgegensteht.



Engagementförderung ist keine „Spielwiese“, sondern basiert auf Sozialpolitik und ist verknüpft mit Demokratieförderung.

Die Sachverständigenkommission analysiert und problematisiert viele Handlungsfelder. Man muss nicht allen Empfehlungen folgen, sollte aber die sachlich begründeten Problembeschreibungen aufgreifen und politisch diskutieren. Das Bündnis setzt sich hierfür ein und hofft mit dieser kurzen Einschätzung weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu ermuntern.

Berlin, 07.06.2017

Bündnis für Gemeinnützigkeit

Sprecherrat
Helga Inden-Heinrich
Dr. Gerhard Timm